Stadtarchiv Mannheim

Nachlaß

Hermann Heimerich

Zugang: 24/1972

151

744

Anson Prof. Dr. Hassinsch
abschrift.

(Lieber Herr, grüssen Sie bitte
zu folgen)

Reschke

Etatrede

von Oberbürgermeister Dr. Reschke

am 2. April 1957

Die festlichen Akkorde, mit denen wir das Jubiläumsjahr durch die Einweihung des Nationaltheaters und dieses Hauses eröffnen konnten, sind längst den nüchternen Tönen des Alltags gewichen und dieser Saal vollends, dessen Herrichtung wir der verständnisvollen Großzügigkeit des Testamentsvollstreckers der Reiß-Stiftung, Dr. Florian Waldeck, verdanken, konnte bislang nur der Schauplatz wenig freudvoller und deswegen auch nur aus zwingender Notwendigkeit heraus gefaßter Beschlüsse sein. Auch die Beratungen des Haushaltsplanes werden wenig Anlaß zu einer besonderen Hochstimmung geben. Sie geben aber auch - und das möchte ich ganz nachdrücklich gleich am Anfang betonen - meines Erachtens keinen Anlaß zu einem Pessimismus, der nur dazu führen könnte, die Initiative und den erforderlichen Weitblick zu lähmen.

So sind insbesondere auch die besonderen Veranstaltungen, die wir im Jubiläumsjahr für unsere Stadt erwünschen, durch die beiden eingangs erwähnten Ereignisse nicht etwa erschöpft. Es haben bereits eine Reihe wesentlicher Tagungen in den letzten Wochen in Mannheim stattgefunden und wir sehen noch weiteren wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Zusammenkünften entgegen. Zu einer besonders wichtigen und repräsentativen Veranstaltung scheint sich der Rheintag am 23. und 24. Mai zu entwickeln, der Vertreter des politischen und wirtschaftlichen Lebens, insbesondere an der Rheinschiffahrt interessierte Persönlichkeiten und Verbände aus allen an den Rhein angrenzenden Staaten hier vereinen wird. Die Verhandlungen mit einer bekannten ausländischen und um die euro-

./.

päische Zusammenarbeit besonders verdienten Persönlichkeit als einen der Festredner konnten zwar, nachdem uns Herr René Mayer, Präsident der Hohen Behörde der Montanunion leider absagen mußte, noch zu keinem endgültigen Abschluß gebracht werden. Wir haben jedoch die Hoffnung, an diesem Tage außer einem Vertreter der Bundesregierung endlich einmal wieder den Vizepräsidenten des Bundestages und Mannheimer Abgeordneten, Herrn Professor Carlo Schmid unter uns zu sehen und auch in einer Ansprache zu hören.

Auch die vermutlich am 4. Mai stattfindende Einweihung des neuen Postgebäudes fügt sich gut in den Rahmen des Jubiläumsjahres ein, weil dadurch nicht nur eine für das wirtschaftliche Leben der Stadt sehr wichtige Einrichtung ihrer Vollendung entgegengeht, sondern gleichzeitig ein repräsentativer Mittelpunkt unserer Stadt eine bauliche Ergänzung findet, für die wir dankbar sein können. Ähnliches gilt für die Schweißtechnische Lehr- und Versuchsanstalt, die in wenigen Tagen ihre neuen Räume öffnen wird.

Die meisten Tagungen freilich, die wir in diesem Jahre nach Mannheim ziehen konnten und hoffentlich auch noch weiter ziehen können, müssen in ihrer Größenordnung die Begrenzung finden, die die räumlichen Verhältnisse ihnen auferlegen. Gerade die Erfahrungen dieses Jahres haben uns erneut gezeigt, daß Mannheim zu einer Stätte von Tagungen besonderen Ranges und daher eben heutzutage auch besonderen Ausmaßes erst dann werden kann, wenn ihm eine geeignete Tagungshalle zur Verfügung steht. Ohne besondere Investitionen ist eben auch dieses für die Stadt erstrebenswerte Ziel nicht zu erreichen. Wir werden deshalb gut

./.

daran tun, zumindest schon einmal für eine sorgfältige Planung und Standortauswahl einer solchen Halle zu sorgen, umsomehr als die im vergangenen Jahr erfolgte Wiedereröffnung des einstmals städtischen Palast-Hotels Mannheimer Hof auch die letzten Wünsche nach einer geeigneten Unterbringung auswärtiger und insbesondere ausländischer Gäste voll erfüllt.

Der Haushaltsplan selbst wird Ihnen durch den Herrn Stadtkämmerer erläutert werden. Ich werde deshalb meine eigenen Ausführungen zu diesem Punkt auf einige größere Dinge beschränken können.

Auch in anderer Hinsicht kann ich mir eine gewisse Beschränkung auferlegen: Die hier übliche Aufteilung der Etatreden zwischen dem Kämmerer und dem Oberbürgermeister, weist dem letzteren im allgemeinen mehr einen Überblick über die Verwaltungsvorgänge des zurückliegenden Jahres zu. Ich bitte Sie zu verstehen, daß ich, der ich von dem zu Ende gehenden Haushaltjahr nur gerade ein Viertel selbst erlebt habe, meine Ausführungen zu diesem Thema in diesem Jahre nicht so vielseitig gestalten möchte, als dies gemeinhin bei diesem Anlaß der Fall ist. Es scheint mir nicht gut, repräsentative Ausführungen über Entwicklungen und Geschehnisse zu machen, die man selbst nur als Außenstehender miterlebt hat und über die man sich infolge der Kürze der Zeit noch nicht aus eigener Anschauung ein Bild machen konnte. Mir kommt dabei zu Hilfe, daß in einer Reihe von Referaten in der letzten Sitzung des alten Gemeinderats bereits eine Art von Zwischenbilanz gezogen worden ist, der in vielen Punkten wesentliches ohnehin noch nicht angefügt werden kann. Auch über die Werke und Verkehrsbetriebe ist aus 2 besonderen Anlässen hier erst vor wenigen Wochen eingehend gesprochen worden.

./.

Der Haushaltsplan, der Ihnen vorgelegt ist und heute erläutert werden wird und der dann in der kommenden Woche Gegenstand eingehender Betrachtungen und Diskussionen zu sein haben wird, ist zunächst von allen Fachausschüssen und dann in einer fast 3-tägigen Beratung vom Verwaltungs- und Finanzausschuß durchgearbeitet worden. Diese Beratungen haben sich, trotz gelegentlich auseinandergehender Meinungen in einer Atmosphäre des Verantwortungsbewußtseins und verständnisvoller Sachlichkeit vollzogen, für die wir allen Mitwirkenden nur außerordentlich dankbar sein können. Der Rahmen des Haushaltsplanes, innerhalb dessen sich nun das kommunalpolitische Geschehen unserer Stadt im nächsten Jahr abzuspielen hat, wird durch 4 Begrenzungen gezogen:

Die wachsenden Unkosten auf sachlichem und personellem Gebiet,

die Unergiebigkeit des Kapitalmarktes,

das damit in Zusammenhang stehende Ansteigen des Zins- und Kapitaldienstes und

der annähernd zum Stillstand gekommene Ertrag des gemeindlichen Steueraufkommens.

Die Steigerung der materiellen und insbesondere der personellen Unkosten war bereits Anlaß zu den Beschlüssen, die gewissermaßen im Vorfeld der eigentlichen Etatberatungen in den letzten Sitzungen hier gefaßt werden mußten, um die Haushalte für die Werke, die Verkehrsbetriebe und die Gebühren wenigstens in etwa zu bereinigen und ihre Lasten nicht allzu sehr in den ordentlichen Haushalt hineinschlagen zu lassen. Daß der Ausgleich trotz den Erhöhungen, insbesondere bei den Verkehrsbetrieben nicht in vollem Umfange zu erreichen war, ist bekannt. Die Krankenhaus- und

./.

Anstaltspflegesätze kommen ohnehin noch auf uns zu.

Wir wissen, daß diese Beschlüsse im äußeren Gegensatz zu den gerade in letzter Zeit so eindringlich lt. gewordenen Forderungen der Bundesregierung nach Vermeidung von Preissteigerungen stehen. Es ist dem aber entgegenzusetzen, daß die Gemeinden hier nicht etwa Schrittmacher einer unguten Entwicklung sind, sondern daß sie lediglich aus einer ohne ihr Zutun entstandenen Situation, als letzte und auch mir unvollkommen, die unabweisliche Konsequenz ziehen mußten. Die Gemeinden stehen nicht am ersten, sondern jeweils am letzten Glied einer solchen Kette. Sie sind in dieser Hinsicht Letztverbraucher, die für die von ihr benötigten materiellen und personellen Leistungen das zu zahlen haben, was an anderer Stelle, häufig ohne ihr Zutun, ausgehandelt wird. Ich verweise hier auf die für uns völlig überraschend gekommene Zahlung des halben Monatseinkommens im Dezember 1956, die allein den ordentlichen Haushalt mit rund 1,7 Mio DM zusätzlich belastete. Auch die z.Z. laufenden Verhandlungen werden den Haushalt mit mehr als 3 Mio DM zusätzlich beschweren.

Die eigenen Einwirkungsmöglichkeiten der Stadt auf diese Entwicklung sind, wie gesagt, gering. Wenn man von der meines Erachtens nicht gegebenen und durch nichts gerechtfertigten Möglichkeit, die Arbeitskräfte unserer Stadt etwa schlechter zu stellen als die anderer vergleichbarer Verwaltungen absieht, so bleibt der Stadtverwaltung nur der Weg, bei Stellenanhebungen und Neu-schaffungen von Stellen so zurückhaltend wie möglich zu sein. Hier scheint mir hinsichtlich der Stellenanhebungen die unterste Grenze erreicht zu sein. Die Aufwendungen für sie betragen, bei einem Personalaufwand von rund 50 Mio DM

./.

etwa 50 000 DM. Etwas mehr fallen die Neueinstellungen ins Gewicht, die bei einem Gesamtpersonalbestand - soweit er über den ordentlichen Haushalt läuft - von rund 5 200 Köpfen 107 Stellen umfassen, davon nur 4 Beamte, in der überwiegenden Zahl Arbeiter und hier wieder in erster Linie für das Theater, die Krankenanstalten und die Müllabfuhr. Hier handelt es sich durchweg um Vermehrungen, denen nachweisbar gestiegene Aufgaben gegenüberstehen. Das gleiche gilt für die 19 Stellenvermehrungen beim Polizeivollzugsdienst, der Kraftfahrzeugzulassungsstelle und der Wehrerfassungsstelle. Im übrigen sind rund 100 Stellen städtischer Arbeiter, aus Mangel an geeigneten Kräften z.Z. unbesetzt. Die Bemühungen um eine weitere Rationalisierung der einzelnen Verwaltungsstellen werden durch laufende Organisationsprüfungen bei den verschiedenen Ämtern fortgesetzt. Sie führten auch zu nennenswerten Einsparungsvorschlägen. Die Bediensteten der Stadtverwaltung nehmen an dem Wettbewerb für Verbesserungs- und Vereinfachungsvorschläge regen Anteil.

Wenn trotz allem der Personalaufwand im Ergebnis 1957 um 18 % über dem des Jahres 1956 liegt, dann ist zu bedenken, daß ein gut Teil dieser Erhöhung nicht erst jetzt, sondern während des laufenden Etatjahres eingetreten ist. Es bleibt aber die Tatsache bestehen, daß die Personalkosten nach wie vor rund 33 % unseres ordentlichen Haushalts ausmachen. Ende des Haushaltjahres 1932 waren es übrigens 26 %, im Haushaltjahr 1939 dagegen 48,5 %.

Ob und inwieweit die Rentenreform die Städte von der Zuzahlung zu den Renten zurruhegesetzter Arbeiter und Satzungsangestell-

./.

ter entlastet, läßt sich noch nicht übersehen; andererseits wird die Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung von 11 auf 14 % den Arbeitgeberaufwand der Stadt für die Sozialversicherungsbeiträge ansteigen lassen.

Alles in allem sehnen sich sowohl die Verwaltung als auch die städtischen Bediensteten danach, daß ein stabiles Wirtschaftsgefüge uns vor weiteren Überraschungen auf diesem Gebiet bewahrt.

Die Lage auf dem Kapitalmarkt ist zu bekannt, als daß es hier großer zusätzlicher Ausführungen bedürfte. Der Herr Stadtkämmerer wird sich mit dieser Frage beschäftigen.

Die letzte Senkung des Diskontsatzes - übrigens seine 13. Änderung seit der Währungsreform - hat jedenfalls zu einer Lockerung des Kreditmarktes nicht geführt. Die großen Versicherungsträger - im allgemeinen eine entscheidende Stütze des langfristigen und gerade auch des kommunalen Kreditmarktes - haben große Beträge von Termingeldern gekündigt, um für die Auswirkung der Rentenreform gerüstet zu sein. Die Innenminister der Länder haben die Ministerpräsidenten gebeten, den Gemeinden den Zugang zum Kapitalmarkt zu tragbaren Bedingungen zu ermöglichen. Der Städtetag hält, wenn nicht eine freiwillige Disziplin aller am Kapitalmarkt beteiligten Kreise zu erreichen sei, eine Kontingentierung der Kapitalmarktmittel für notwendig. Ob für eine Stadt von der Größenordnung Mannheims der Übergang von dem bisher vorherrschenden Typ des leider meist zu kurzfristigen Schuldscheindarlehens zur Auflegung einer Kommunalanleihe möglich ist, ist zweifelhaft. Bisher sind nur einige

./.

größere Städte diesen Weg gegangen und auch ihnen war die dauerhafte Placierung der Obligationen nicht leicht. Zu prüfen wäre das Zusammengehen Mannheims mit einigen oder mehreren Nachbarstädten. Grundsätzlich sollte man sich aber darüber klar sein, daß ein Angehen des Kapitalmarktes solange schwierig bleiben wird, als ein so großer Teil des Einkommens wie z.Z. in den Konsum geht und nur eine verhältnismäßig kleine Quote in den Sparsektor, eine Erscheinung, die auf Zusammenhängen beruht, auf die der Einfluß der Kommunalpolitiker verhältnismäßig gering ist.

Was die Höhe der Zinssäte und die damit zusammenhängende Blockierung steigender Teile des Etats für den Schuldendienst angeht, so hat der Finanzausschuß des Städtetages seinen Mitgliedstädten die Erkenntnis zu teil werden lassen, daß Schulden mit einer Effektivverzinsung von mehr als 8,5 % nur für rentierliche Vorhaben (Versorgungsbetriebe) oder zur Abdeckung kurzfristig vorfinanzierter Kredite oder zur Vollendung begonnener Bauvorhaben verantwortet werden könnten, während in allen anderen Fällen Zinssätze von höchstens 8,5 % effektiv vertretbar schienen. Darüber, wie es in der Praxis mit der Anwendung dieser theoretisch zweifellos richtigen Erkenntnis aussieht, wird der Kämmerer sich äußern können.

Was nun schließlich den 4. der von mir eingangs erwähnten Tatbestände, nämlich die allmähliche Stagnierung der wesentlichen Steuerquellen der Stadt angeht, so möchte ich mich auch hier gegenüber den zu erwartenden Ausführungen des Stadtkämmerers auf folgende Bemerkungen beschränken:

./.

Die Mannheimer Wirtschaft ist nach wie vor gesund. Sie bildet in ihrer Vielgestaltigkeit und Lebendigkeit, sowie in der besonnenen, aber dennoch wagemutigen Art, in der sie arbeitet, in allen Sparten, vom Großbetrieb bis zum Handwerk, von den Banken, dem Großhandel, den Verkehrsbetrieben, bis zu dem für Mannheim so überaus bedeutsamen Einzelhandel, einen Rückhalt für Arbeit und Wohlfahrt der Stadt, um den manche andere Gemeinde Mannheim beneidet. Trotzdem scheint mir die Zeit der überraschenden Steuermehreingänge vorüber zu sein, wenn auch die industrielle Erzeugung Westdeutschlands im Januar 1957 noch eine Zuwachsrate von 4,3% ausweist. Zwar betrug die gleiche Ziffer im Vorjahr 13%. Es ist aber selbstverständlich und deshalb auch nicht etwa besorgniserregend, daß in einer vollbeschäftigten Wirtschaft die Produktion langsamer zunimmt als in einer mit ungenützten Kapazitäten. Gerade deshalb aber mahnt die Lage zu einer vorsichtigen Einschätzung des Steueraufkommens, wie wir sie vorgenommen haben.

Selbstverständlich werden die Bemühungen der Stadtverwaltung um Heranziehung weiterer guter - insbesondere für Frauenarbeit geeigneter - Wirtschaftsunternehmen fortgesetzt. Hierbei gilt es unsere verkehrsgünstige Lage, an deren Erhaltung und Verbesserung uns nachdrücklich gelegen ist, besonders in die Waagschale zu werfen. Außer für hafenorientierte Firmen müssen

./.

wir durch die Schaffung baureifen Industriegeländes auch für sonstige geeignete Betriebe einen Anreiz bieten können. Sie finden eine entsprechende Position im Haushaltsplan.

Trotzdem wir an diese Möglichkeiten gewisse Hoffnungen knüpfen können, dürfen wir ihre greifbaren Auswirkungen auf unser Steueraufkommen nicht überschätzen. Ein Verzicht auf Einnahmequellen ist uns deshalb leider nicht möglich und den Fortfall der bei allen Beteiligten - auch bei den Gemeinderäten - so unbeliebten Getränkesteuer - welche Steuer wäre übrigens beliebt ? - können wir zu unserem Bedauern auch in diesem Jahre noch nicht vorschlagen.

Innerhalb dieses, durch die vier erwähnten Begrenzungen gezogenen Rahmens müssen nun die vielen und vielgestaltigen Wünsche und Bedürfnisse unserer Bevölkerung untergebracht werden, soweit sie sich in den kommunalen Finanzen niederschlagen und das tun in irgend einer Form die meisten von ihnen.

Bei weitem an der Spitze dieser Wünsche steht nach wie vor der Ruf nach Wohnungen. Fast alle an die Stadträte oder an mich

./.

persönlich gerichteten Eingaben betreffen Wohnungsfragen. Aus vielen dieser Eingaben spricht die Verzweiflung; nur wenige können als übertrieben bezeichnet werden. Hier nur unzulänglich und für die Betroffenen nur allzu langsam helfen zu können, ist eine bedrückende seelische Belastung für alle, die mit dieser Frage unmittelbar zu tun haben. Es ist geradezu tragisch, daß trotz der intensiven Bautätigkeit der letzten Jahre die Zahl der Wohnungsuchenden nicht zurückgeht, sondern daß, leicht ansteigend gegenüber den Vorjahren, auch jetzt noch fast 17 000 Fälle vorliegen - Fälle, nicht etwa Personen. Allein 6 000 dieser Fälle mußten für die Dringlichkeitsstufen I und II anerkannt werden. Die Befriedigung selbst dieser Gesuche wird noch Jahre in Anspruch nehmen. Erfreulich ist, daß aus den Kreisen der Evakuierten und der in Notunterkünften Lebenden erneut je 1 300 Personen untergebracht werden konnten. Es bleiben aber noch fast 3 000 Personen in Notunterkünften und rund 5 000 die Rückkehr ersehnende Evakuierte registriert.

Demgegenüber befinden sich aus dem Bauprogramm 1956 noch etwas über 1 000 Wohnungen verschiedener Baugenossenschaften, insbesondere der Gemeinnützigen Baugesellschaft, im Bau. Die Besatzungsmacht, mit der sich übrigens die Zusammenarbeit gerade während des letzten Jahres außerordentlich erfreulich gestaltete, gab 388 Wohnungen zurück. Das Bauprogramm der Gemeinnützigen Baugesellschaft für 1957 sieht 350 Wohnungseinheiten besonders für wirtschaftlich Schwache, unter besonderer Berücksichtigung des innerstädtischen Wiederaufbaues vor. Dank der intensiven Bemühungen, insbesondere des Herrn I. Bürgermeisters, sollen für 1957 an öffentlichen Wohnungsbau-Förderungsmittel insgesamt 15 Mio DM zur Verfügung gestellt werden, davon etwa die

./.

Hälfte für den allgemeinen Wohnungsbau. Für diese Sparte bedeutet das gegenüber dem Baujahr 1956 ein Weniger von etwa 600 000 DM. Diesem Rückgang muß noch hinzugerechnet werden, daß infolge der hohen Baukosten jetzt mit einem Durchschnittssatz von rund 10 000 DM öffentlicher Mittel pro Wohneinheit gegenüber 7 000 DM bisher, zu rechnen ist und daß die Bereitstellung erster Hypotheken außerordentlich erschwert ist. Es wird notwendig sein, ein weiteres Absinken dieser absolut zwar noch beträchtlichen Summe mit allen Kräften zu verhindern.

Unmittelbar hinter der Wohnungsnot erheben sich nach wie vor die Schulraumsorgen. Zwar konnte der Schichtunterricht für die Volksschulen im Lindenhof und Almenhof und für rund 1 900 Schüler des Lessing- und des Tulla-Gymnasiums beseitigt werden. Es bestehen aber noch dringende Notstände, insbesondere auch auf dem Gebiet der für das Wirtschaftsleben der Stadt so wichtigen Berufs- und Handelsschulen. Es ist deshalb in klarer Erkenntnis der Tatsache, daß sich die Vollendung des Gesamtwerkes voraussichtlich über einen sehr langen Zeitraum hinziehen wird, der 1. Bau des sogenannten Gewerbeschulzentrums - ein übrigens vielleicht etwas zu anspruchsvoller und irreführender Ausdruck - in Angriff genommen worden, weil es auf diese Weise am raschesten möglich schien, nicht nur der Gewerbeschule für Bautechnik, sondern in der Folge dann auch der Liselotteschule einwandfreie Unterrichtsbedingungen zu ermöglichen. Es gelang den besonderen Bemühungen des Schulreferats hierfür einen Landeszuschuß von 800 000 DM zu erhalten. Auch die Bemühungen um Bundesmittel für den Ausbau der Ingenieurschule, wenn auch in der Hauptsache in der Form von Darlehen, sind mit Unter-

./.

stützung aller uns zur Verfügung stehender Abgeordneter mit Nachdruck aufgenommen worden. Wir haben weiterhin mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß das Land in einem Schulbau-Programm Unterstützungen von 20 bis 40 % zur Verfügung zu stellen gedenkt. Dieses Programm ist befristet und es wird für Mannheim darauf ankommen, seine Dispositionen so zu treffen, daß es während der Laufzeit dieses Programms in möglichst großem Maße daran teilhaben kann. Alle diese Bemühungen, zu denen auch der Ersatz der unbrauchbar gewordenen Baracken in der Waldschule und die der Vollendung entgegengehenden vier neuen Räume der Kerschensteinerschule gehören, entheben aber die Stadtverwaltung nicht der Notwendigkeit, z.Z. noch zweckentfremdete Schulräume sobald wie möglich ihrem eigentlichen Zweck wieder zuzuführen. Gedacht ist hier besonders an die K 5 - Schule und an die Luisenschule, welch letztere geeignet erscheint, den völlig unerträglich gewordenen Verhätlnissen bei den Handelsschulen Entlastung zu verschaffen. Die Freimachung dieser Schulen wird voraussetzen, daß ein Verwaltungsgebäude für die Werke und einige andere städtische Abteilungen errichtet wird, wobei dann auch die Stadtverwaltung dem meines Erachtens schon aus wirtschaftlichen Gründen anzustrebenden Ziel, näher kommt, seine überall verteilten und zum Teil völlig unzulänglich untergebrachten Büros, unter Aufgabe der jetzt verwendeten, im allgemeinen recht teueren Mieträume, wenigstens etwas zu konzentrieren, während der Bau eines großen, an repräsentativer Stelle gelegenen Rathauses meinem Eindruck und auch meiner Überzeugung nach noch geraume Zeit auf sich warten lassen wird.

./.

Nimmt man nun zu den großen Aufgaben des Wohnungs- und des Schulbaues die immer noch sehr erheblichen Aufgaben des Sozialreferats und die gerade in letzter Zeit stark in den Vordergrund getretenen unerläßlichen Arbeiten in der Verkehrsplanung hinzu, so erkennt man leicht, daß allein diese vier Sparten den verhältnismäßig eng gezogenen Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten auf mehrere Etatjahre hin voll ausfüllen könnten. Auch der wirtschaftliche Aufstieg hat es nicht verhindern können, daß die Zahl der vom Wohlfahrtsamt unterstützten Parteien um 140 angestiegen ist. Wenn dies auch zum Teil mit der erheblichen Erhöhung der Unterstützungs-Richtsätze, die einem Teil der Rentenempfänger einen Anspruch auf zusätzliche Hilfe durch das Wohlfahrtsamt vermittelte, zusammenhängt, so ist doch der Hauptgrund darin zu suchen, daß die schweren Ereignisse der letzten Jahrzehnte eben viele Alte, Kranke, Erwerbsbeschränkte, insbesondere auch Frauen mit Kindern, die nicht ohne weiteres in das Wirtschaftsleben eingegliedert werden können, zurückgelassen haben, für die wir zu sorgen haben. Inwieweit die Rentenreform hier eine Entlastung des Wohlfahrtsetats bringt, läßt sich noch nicht übersehen. Wir haben sie vorsichtig mit 250 000 DM veranschlagt. Der Ausbau des Ida-Scipio-Heimes und der Baubeginn eines Katholischen Alterswohnheimes in der Max-Josef-Straße beginnen ebenso wie das Albert-Schweizer-Haus hier langsam eine Lücke zu schliessen, während die zum Teil völlig unzulänglichen Zustände in unseren Flüchtlingslagern mit ihren rund 660 Insaßen uns dringend hoffen lassen, daß uns die ständigen Bemühungen des Sozialreferats bei den zuständigen Ministerien unseres Landes zu einer neuen Flüchtlingsunterkunft verhelfen.

In diesem Zusammenhang gebührt ein

./.

Wort des Dankes der gesamten Bevölkerung und zahlreichen öffentlichen, privaten und kirchlichen Organisationen für die Opferbereitschaft und die Tatkraft, mit der sie sich am Ende des vorigen Jahres der Not der in unsere Stadt einströmenden Ungarn-Flüchtlinge angenommen haben. Was nun die Not unserer eigenen Vertriebenen, Flüchtlinge und kriegsgeschädigten Bürger angeht, so konnten im vergangenen Rechnungsjahr über 15 Mio DM an Kriegsschadensrente, Hausrats- und Ausbildungshilfe, Aufbaudarlehen usw. ausgeschüttet werden. Wir wissen, daß die Erledigung dieser Arbeiten vielen der Notleidenden nicht schnell genug geht. Die Bemühungen des Ausgleichsamts, dessen von der Stadt zu tragender Verwaltungskostenanteil übrigens die kaum noch tragbare Summe von über 700 000.- DM erreicht hat, wird hier ständig gehemmt durch die unerträgliche und von niemanden mehr übersehbare Flut von Verordnungen und Änderungserlassen, die die Bearbeitung der ohnehin schon sehr komplizierten Materie ständig erschwert und verlangsamt.

Ich möchte auf die eben von mir kurz erwähnten Aufgaben und Ausgaben die uns die neue Rheinbrücke mit den sich aus ihr ergebenden Verkehrsplanungen auferlegt, hier nicht näher eingehen. Es ist dies in einer der letzten Gemeinderats-Sitzungen geschehen und wird alsbald nach Abschluß der Etatberatungen weiter zu geschehen haben. Ich möchte mich auf die Bemerkung beschränken, daß ich den starken Widerhall, den dieses Problem in weiten Kreisen, nicht nur der unmittelbar fachlich-interessierten Bürgerschaft gefunden hat, sehr begrüßt habe. Gegenüber dem gelegentlich zu beobachtenden Zurückgreifen auf in- und ausländische Autoritäten möchte ich aber doch sagen, daß niemand uns, d.h. dem Gemeinderat, die eigentliche Ent-

./.

scheidung abnehmen kann. So interessant wohl diese Stimmen sein mögen, so fallen doch die Entscheidungen letzten Endes hier, wie ja auch ihre Folgen, sowohl im Positiven wie im Negativen hier und von uns getragen werden müssen. Man sollte auch die Tatsache bestehender Meinungsverschiedenheiten nicht unnötig dramatisieren. Es handelt sich nun einmal um ein außerordentlich schwieriges Problem, für das es der Gegebenheiten wegen eine ideale Lösung nicht mehr gibt. Vor allem sollte man aus bestehenden Meinungsverschiedenheiten keine Polemik herauswachsen lassen. Auch hinsichtlich der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Stadtverwaltung selbst möchte ich, so lästig sie im einzelnen und insbesondere vielleicht für mich sein mögen, mich bislang noch aus Überzeugung dahin bekennen, daß jede der beteiligten Personen ihre Auffassung aus dem Gefühl echter Verantwortung für die Entwicklung der Stadt vertritt. Der Gemeinderat wird hier nach sorgfältiger Abwägung eine Entscheidung - für die ich hoffe in Kürze einen Vorschlag machen zu können - zu treffen haben und diese Entscheidung hat dann Anspruch auf Respektierung.

Neben diesen großen Blocks von Aufgaben, die - wie ich bereits sagte - geeignet wären, den uns gezogenen finanziellen Rahmen auf Jahre hinaus völlig auszufüllen, stehen nun eine Fülle weiterer Aufgaben, die alle dringend sind, deren Ausmaß zu einem großen Teil gesetzlich festgelegt ist und die nur zu einem verhältnismäßig kleinen Teil der wirklich freien Entschließung echter Selbstverwaltung zugänglich sind. Sie alle finden sich in irgend einer Form im Haushaltsplan wieder und werden uns in der nächsten Woche beschäftigen. Sie hier in dieser einleitenden Übersicht alle aufzuführen wäre unmöglich. Ich darf auch an die Begrenzung erinnern, die ich mir zu Beginn dieser Rede auferlegt habe.

./.

Es erhebt sich aber bei dem Versuch, Wünsche und Möglichkeiten hier in Einklang zu bringen, immer wieder die Frage nach der Dringlichkeit und dazu lassen Sie mich doch einige wenige Bemerkungen machen.

Wir haben Ihnen für den außerordentlichen Haushalt eine Dringlichkeitsliste aufgestellt, um einem oft geäußerten Wunsche damit nachzukommen. Der Herr Stadtkämmerer wird sich eingehend mit ihr beschäftigen. Wir bilden uns nicht ein, mit dieser Liste den Stein der Weisen gefunden zu haben. Sie ist auch begrenzt, weil sie sich nur mit dem außerordentlichen Haushaltsplan beschäftigt. Es gibt aber auch innerhalb des ordentlichen Haushaltsplans derartige Abstufungen nach der sogenannten Dringlichkeit. Ich glaube, daß diese Frage eine der schwierigsten innerhalb der Kommunalpolitik einer Stadt überhaupt ist und daß eine einigermaßen gerechte Lösung nur aus einem tiefen Eindringen in das Wesen einer Stadt gefunden werden kann. Es sind hier vor einiger Zeit aus besonderem Anlaß in der Diskussion Abstufungen aufgetaucht, wie notwendig, nützlich, angenehm und wünschenswert. Ich möchte davor warnen, der Magie dieser Ausdrücke zu verfallen und zu glauben, daß aus ihnen der Weisheit letzter Schluß mit Leichtigkeit abzulesen wäre. Bei einer so vielgestaltigen Bevölkerung, wie sie Mannheim erfreulicher Weise hat, ist das, was für den einen nur eine Annehm-

./.

lichkeit ist, ist all zu oft für den anderen eine schwer entbehrliche Notwendigkeit. Die 420 ha öffentliche Grünflächen sagen dem weniger, der einen eigenen oder einen gepachteten Garten besitzt, als dem, der aus bedrängten Wohnungsverhältnissen heraus, dringend darauf angewiesen ist, irgendwo Erholung und Verbindung mit der Natur zu finden. Die 64 Kinderspielplätze, die 90 Kindergärten bedeuten nicht viel für den, der seine Kinder anderweitig versorgen kann. Das unendlich wichtige und immer noch ungenügend ausgebaute Volksbüchereiwesen wird von anderen Kreisen begehrt als eine wissenschaftliche Bücherei und vielfach auch als das Theater, und was für ihre 50 000 Besucher die Kunsthalle, ist für andere der Kleingarten oder der Sportplatz, kann eben für viele andere auch ein Pflanzenschauhaus sein. Bewahren wir uns doch nach Möglichkeit vor einer Uniformierung und einer Einseitigkeit. Bewahren wir uns auch nach Möglichkeit davor, unsere Blicke nur durch einige wenige, wenn auch noch so dringende Aufgaben abziehen zu lassen von der Tatsache, daß der Mensch in keinem Falle nur von der Erfüllung seiner dringendsten materiellen unmittelbaren Daseinsbedürfnisse existieren kann, sondern daß in ihm irgend wie der Wunsch nach der Berührung mit einem wenn auch noch so bescheidenen Teil der Schönheit des Lebens, sei es in der Natur, sei es in der Kunst, vorhanden ist und Anspruch auf Befriedigung erhebt. Bewahren wir uns aber vor allen Dingen vor einer gegenseitigen Unduldsamkeit in den Wünschen und Anschauungen des einen gegenüber den Wünschen und Sehnsüchten des anderen. Zweifellos, es kann Zeitpunkte geben, in denen die Verwirklichung eines Anliegens auch aus anderen als materiellen Gründen weniger tunlich

./.

erscheint, wie zu einem anderen Zeitpunkt. Trotzdem sollte man sich hüten, über das Anliegen als solches dann den Stab zu brechen. Es wird eben immer verschiedene Gesichtspunkte geben, die Dinge zu beurteilen. Nehmen Sie allein die Frage, ob die für den Sport zur Verfügung stehenden Mittel allein für Anlagen Verwendung finden sollen, die einer möglichst großen Zahl die Gelegenheit zu unmittelbarer eigener sportlicher Tätigkeit gestatten oder ob es sich auch rechtfertigen läßt, ja nicht sogar notwendig ist teuere Anlagen zu schaffen für eine zahlenmäßig weit größere Anzahl von Menschen, die nicht aktiv, sondern nur passiv als Zuschauer oder Kritiker an dem Sport teil hat, deren Interesse auf der anderen Seite aber auch wieder die sportlichen Leistungen des einzelnen anregt und deren Eintrittsgelder eine unerläßliche finanzielle Hilfe bilden. Auch hier gehen die Meinungen weit auseinander. Auch hier sind die Begriffe: notwendig oder nützlich und angenehm nicht klar voneinander zu scheiden. Auch hier erfüllt sich das Leben der Stadt nicht - hoffentlich nicht - in Einseitigkeit und Uniformität. All das gilt natürlich in besonderem Maße für kulturelle Einrichtungen; auch hier gilt, daß der, der Vieles bringt, vielen etwas bringt! Ich möchte deshalb auch ruhig ein Wort des Bedauerns, wenn in diesem Falle auch sicherlich nicht der Kritik darüber verlieren, daß 2, wenn auch in ihrer Austrahlung keine Massen erreichende kulturelle Einrichtungen, nach den Beschlüssen des Vorjahres und den entsprechenden Vorschlägen des Verwaltungsausschusses, in diesem Jahre in dem Entwurf des Haushaltsplanes keinen Platz mehr gefunden haben. Es handelt sich um die Wohnberatungsstelle und die Freie Akademie. Vielleicht wäre wenigstens im letzteren Falle noch zu überlegen, ob sich

./.

nicht der mit der Freien Akademie verbundene Mal- und Zeichenunterricht, insbesondere für die Kinder, in irgend einer Form, unter Umständen im Rahmen der Volkshochschule, fortsetzen läßt.

Bei allem Bemühen um die Vielgestaltigkeit des geistigen und kulturellen Lebens der Stadt läßt sich natürlich nicht übersehen, daß entsprechend der alten Mannheimer Tradition das Theater einen besonderen Schwerpunkt und natürlich auch eine besondere finanzielle Belastung darstellt. Sie erreicht in dem Ihnen vorliegenden Haushaltsplan den Betrag von fast 3,5 Mio DM. Bei aller Dankbarkeit für den vom Staat für die Errichtung des Baues gewährten Zuschuß, müssen wir auch in diesem Jahre wieder aussprechen, daß in Anbetracht der großen Bedeutung, die unser Nationaltheater für weite Teile des Bundeslandes hat, der laufende staatliche Zuschuß von rund 300 000 DM als zu gering empfunden wird. Unsere Bemühungen um eine Erhöhung müssen mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften fortgesetzt werden. Die Breitenwirkung des Theaters nimmt ständig zu. Schon vor der Eröffnung der neuen Bühne hat die Besucherzahl die Zahl von 400 000 überschritten. Die Platzmieten sind von 5 500 bei der Schließung der Schauburg auf über 8 000 für das neue Haus gestiegen. Die Theatergemeinde umfaßt über 14 000 Besucher. Ich möchte hier noch ein besonderes Wort anfügen. Die Übergangszeit von der Schauburg in das neue Haus hat sowohl an die Intendanz wie an alle künstlerischen und technischen Kräfte ungewöhnliche Anforderungen gestellt. Die Proben mußten zeitweilig unter unerträglichen Verhältnissen vor sich gehen. Allen Beteiligten, die sich diesen Unbillen unterworfen haben, gebührt der besondere Dank der Bevölkerung. Das neue Haus stellt

./.

neue Anforderungen. Es ist selbstverständlich, daß ein so neuartiger und kühner Bau sowohl hinsichtlich seiner Ausgestaltung, wie auch hinsichtlich seiner ersten Aufführungen in besonderem Maße der Kritik ausgesetzt ist. Wir alle, insbesondere die Leitung und die Künstler, sind für jede Kritik und jede Anregung dankbar. Niemanden ist daran gelegen, die Freiheit der Kritik irgendwie eingeschränkt zu wissen. Mit dem gleichen Freimut aber, mit dem diese Kritik geübt wird, möchte ich meinerseits bekennen, daß ich persönlich einzelne Kritiken an einzelnen Aufführungen der letzten Zeit als zu hart empfunden habe. Ich glaube viel eher, daß im großen und ganzen die bisherigen Aufführungen als gelungen und vonernstem künstlerischem Wollen getragen, angesehen werden können. Auch einer kürzlichen Verlautbarung einer auswärtigen Zeitung zu Fragen der inneren Struktur unseres Theaters hätte ich eine etwas intensivere Kenntnis der tatsächlichen Gegebenheiten und Verhältnisse gewünscht.

Nicht nur auf kulturellem, sondern auch auf vielen anderen Gebieten, insbesondere der Sozialarbeit und des Sports sieht sich die Stadtverwaltung in ihren Bestrebungen nach Qualität, Vielgestaltigkeit und möglichst weitreichender Wirkung unterstützt durch eine ganze Reihe, von der Bürgerschaft oder von anderen freien Organisationen getragenen Arbeiten. Diese Bestrebungen verdienen Unterstützung. Nicht nur die finanziellen Grenzen, die der Stadt selbst gesetzt sind, sondern auch die Erkenntnis, daß nicht alles von der öffentlichen Hand getan, organisiert und verwaltet zu werden braucht, sondern daß eine bürgerschaftliche Mitwirkung von hohem sozialpolitischem Wert ist, sollte diesen Leistungen, die nicht immer im Rampenlicht der Öffentlichkeit vor sich gehen, besondere Anerkennung und wo

./.

es möglich und nötig ist, auch Unterstützung sichern. Ich denke hier, um nur einige zu erwähnen, an den Filmclub, als Träger guter Filmvorführungen und als Träger der Dokumentar-Filmwoche, an die in Form eines Vereins betriebene Abendakademie und Volkshochschule, an die privaten Kunstgalerien, die Gesangs- und Instrumental-Vereinigungen, an die Gesellschaft der Freunde Mannheims und der ehemaligen Kurpfalz, an den Mannheimer Kunstverein und die zahlreichen großen und kleineren Sportvereine. Für alle diese Organisationen werden von ihren Mitgliedern zum Teil erhebliche Opfer an Zeit und Geld geleistet. Sie sind aus der lebendigen Gestaltung des Lebens unserer Stadt nicht fortzudenken und sie bekommen, und damit ist uns ein neues und sicherlich sehr ernstzunehmendes Problem gestellt, ihre zunehmende Bedeutung, je mehr beim Fortschreiten der 5-Tage Woche die Freizeit der schaffenden Menschen zunimmt und nach eigener sinnvoller Gestaltung verlangt. Auch viele städtische Einrichtungen, deren Wert man vielleicht glaubt, nicht allzu hoch einschätzen zu sollen, bekommen ihr besonderes Gewicht, wenn man sie unter dem besonderen Gesichtspunkt betrachtet, den Menschen unserer Stadt Möglichkeiten anzubieten, wie sie aus ihrer Freizeit wirklich Kraft und Erholung schöpfen können.

Auch in diesem Zusammenhang bekommen die Einrichtungen der Jugendwohlfahrt und die Arbeit des Stadtjugendrings ihr besonderes Gewicht. Hier hat die Besserung mancher wirtschaftlicher Verhältnisse ungünstige Begleiterscheinungen nach sich gezogen, vor allem das Anwachsen der Vergnügungsindustrie und andere immer noch zunehmende Reizüberflutungen. Wir sind vor

./.

einiger Zeit von maßgeblicher Seite sehr zu Recht auf die Gefahren einer Reihe von sogenannten Vergnügungsstätten hingewiesen worden. Erfreulicherweise sind es nicht allzu viele. Aber leider sind die gesetzlichen und rechtlichen Möglichkeiten zu einem Eingreifen sehr gering. Hier kann nur das Verantwortungsbewußtsein der Gesamtheit der Bürger auf der einen Seite, aber auch ein richtiges Angebot sinnvoller Veranstaltungen, wie Erholungsfreizeiten, Jugendtanzabende, Förderung der Arbeit der Jugendverbände und Sportgruppen, ein ausreichendes Angebot geeigneter Leihbüchereien und dergleichen helfen. Man kann sich auch der Forderung derartiger Einrichtungen nicht durch den Hinweis entziehen, daß sie früher nicht notwendig oder gebräuchlich gewesen wären. Veränderte Zeiten bringen veränderte Gefahren mit sich und erfordern neue Maßnahmen zur Vorbeugung oder zu ihrer Überwindung.

Auf anderen sozialen Gebieten sind es besonders die freien Wohlfahrtsverbände, wie die kirchlichen Organisationen und die Arbeiterwohlfahrt, die in hervorragendem Maße Aufgaben übernehmen, die, wenn sie brach lägen, zur Vermeidung von Schäden von der Stadt allein übernommen werden müßten. Einer der Hauptpunkte hier sind die Kindergärten, deren größter Teil von den freien Wohlfahrtsverbänden, insbesondere den beiden Kirchen betrieben wird. Die an die Stadtverwaltung herangetragenen Wünsche nach einer wesentlichen Verstärkung der Förderungsmittel für diese Kinder-Tagesstätten konnten zwar nicht in vollem Umfange erfüllt werden. Der Verwaltungsausschuß schlägt Ihnen aber eine Verdoppelung der bisher für diese Zwecke ausgeworfenen Summen vor.

./.

Wenn hiermit auch nur auf Spezialgebieten die Frage der bürgerschaftlichen Mitarbeit an den Aufgaben des Gemeindewohles angeschnitten ist, so mag auch noch ein Wort über die besondere Situation in den Vorortgemeinden angefügt werden. Eine Reihe dieser Gemeinden verfügt über ein ausgezeichnetes und im Kern durchaus erfreuliches und unterstützungswürdiges Eigenleben. Gemeinnützige Vereine und Interessengemeinschaften leisten hier gute Arbeit. Daß sie hierbei die Wünsche ihrer Vororte gelegentlich auch einmal mit mehr Nachdruck und mehr Lautstärke vertreten, als dies im Rathaus immer gerne vernommen wird, sagt noch nichts gegen den Wert dieser Einrichtungen als solche. Der Gemeinderat hat auch nie gezögert, immer wieder berechtigte Wünsche der Vororte zu erfüllen und auch in diesem Haushaltplan ist einiges davon vorgesehen. Selbstverständlich müssen auch die Vororte wissen, daß hier Grenzen gesetzt sind und daß sie weder an dem Verständnis noch an dem guten Willen der Verwaltung oder des Gemeinderats zu zweifeln brauchen, wenn sie auf die Verwirklichung mancher Wünsche länger warten müseen, als ihnen lieb ist. Auch hier ist eine Einigung über die Begriffe: notwendig, nützlich oder angenehm nicht immer möglich. Ich möchte aber anregen, daß der Gemeinderat sich einmal mit der Frage beschäftigt, ob er den einzelnen Vororten nicht in Anwendung der §§ 75 und 76 der Gemeindeordnung Bezirksbeiräte als Mittler und Berater zwischen Vorort und Gemeinderat zur Verfügung stellen will. Ich bezweifle nicht, daß in solchen Gremien bei sachlicher Aussprache das gegenseitige Verstehen über die Notwendigkeiten des Ganzen und die Wünsche des Teiles unschwer zu erreichen sein wird. Etwa in die gleiche Richtung zielt der schon seit längerer Zeit vorgetra-

./.

gene und erörterte Gedanke der Einrichtung eines landwirtschaftlichen Beirats.

Ich muß viele sonstige Gebiete der Verwaltung hier unerwähnt lassen. Es liegt daran nicht im mindesten eine Unterbewertung ihrer Aufgaben oder der durch sie geleisteten Arbeiten. Ich möchte nur einige ganz wenige Punkte erwähnen.

Bekanntlich gehört Mannheim neben Stuttgart, Karlsruhe und Pforzheim zu den Städten des Landes, die sich zur Beibehaltung der kommunalen Polizei entschlossen haben. Wir glauben nun, mit einer gewissen Besorgnis beobachten zu müssen, daß einzelne Stellen des Landes sich, um mich mit der gebotenen Vorsicht auszudrücken, nicht gerade darum bemühen, diesen Städten die Durchführung ihres Entschlusses um die Beibehaltung der kommunalen Polizei besonders zu erleichtern, Was soll man z.B. dazu sagen, wenn der Staat plötzlich kurz vor Beginn des Haushaltjahres den Versuch macht, die Anerkennung von nicht weniger als 45 Stellen beim hiesigen Polizeidienst einfach zu versagen und damit seinen ohnehin knapp bemessenen Zuschuß um 190 000 DM zu kürzen . In diesem Jahr konnte der Versuch noch im richtigen Augenblick durch ein Eingreifen des Zusammenschlusses der Städte mit kommunaler Polizei und einiger Abgeordneter verhindert werden. Wir halten uns aber zu dem Wunsch berechtigt, daß wenn der Staat schon den Städten einer gewissen Größe freie Wahl lässt, die Polizei in eigener Regie zu behalten, er dann auch eine einwandfreie und faire Durchführung dieser Bestimmung sichern sollte, so daß nicht fortgesetzte Erschütterungen des Haushaltsplanes von dieser Seite durch Eingriffe des Staates befürchtet werden müssen.

./.

Auch gegen die uns zugesagte Verlegung des Autobahnamtes von Stuttgart nach Mannheim sind in den letzten Wochen verschiedentlich Widerstände aufgetreten. Wir haben durchaus Verständnis dafür, daß diejenigen Stellen, die jetzt das Geld für die Realisierung dieser Zusage bereitstellen müssen, noch einen Versuch machen, diese Ausgabe zu vermeiden, wie wir auch verstehen, daß sich eine Reihe von Mitgliedern dieser Dienststelle nicht nach einem Umzug von Stuttgart nach Mannheim drängen. Wir haben aber ebenso Verständnis dafür zu beanspruchen und, letzten Endes wiederum weitgehend mit Hilfe unserer Abgeordneten, auch gefunden, daß Mannheim freiwillig auf diese ihm zugesagte Dienststelle, die als letzte von den vielen unerfüllten Wünschen auf diesem Gebiet übrig geblieben ist, nicht verzichtet. Die Nachteile, die unsere Grenzlage im äußersten Winkel des Bundeslandes mit sich bringt, bleiben ohnedies immer noch spürbar genug.

In diesem Zusammenhang darf noch erwähnt werden, daß die Neugliederungspläne nach der Durchführung der beiden Volksbegehren im Lande Rheinland-Pfalz eine weitere Klärung nicht erfahren haben. Zu den neuerlichen Versuchen nach Wiederherstellung des alten Landes Baden hier Stellung zu nehmen, ist verfrüht. Soviel darf jedoch gesagt werden, daß ein jeder solcher Versuch natürlich eine unvermeidliche Unruhe und Unsicherheit mit sich bringt, eine Unruhe, auf die man gerade in dem Jahr einer gewiß nicht ganz einfachen Bundestagswahl im Interesse einer ruhigen und stetigen Verwaltungsarbeit gerne verzichten würde.

./.

Es sei mir noch gestattet ein Wort des Abschieds über den Rhein zu richten an den scheidenden Ludwigshafener Oberbürgermeister, Herrn Bockelmann. Er ist während seiner kurzen Amtszeit in Ludwigshafen immer der Vertreter und Garant einer verständnisvollen und guten Zusammenarbeit zwischen beiden Städten gewesen und dafür gebühren ihm unser besonderer Dank und unsere herzlichen Wünsche für seinen neuen, großen Arbeitsbereich. Seinem Nachfolger, Herrn Dr. Klüber, entbieten wir schon jetzt unsere herzlichen Willkommensgrüße und die Versicherung unserer ehrlichen Bereitschaft zu gleichem vertrauensvollem Zusammenwirken, wie es uns mit Herrn Bockelmann verbunden hat.

Und nun gestatten Sie mir zum Abschluß noch ein ganz persönliches Wort. Die Hoffnung auf eine, von allem was hinter uns lag unbeschwerte Zusammenarbeit mit den Referaten der Hauptverwaltung, dem Gemeinderat und seinen Ausschüssen, die ich bei meinem Amtsantritt aussprach, ist in einer Weise in Erfüllung gegangen, wie ich es mir besser nicht hätte wünschen können. Es liegt mir daran, hierfür allen Beteiligten meinen besonderen Dank zu sagen. Ich habe naturgemäß erst einen ganz kleinen Teil der vielen Ämter und Abteilungen dieser weitverzweigten und weit auseinanderliegenden Verwaltung besuchen können. Ich habe jedoch den Wunsch, im Laufe der Zeit einmal in jedem Zimmer jeder Verwaltung gewesen zu sein. Ich habe damit begonnen und einen Teil auch schon durchführen können. Ich bitte diejenigen Ämter und Dienststellen, bei denen ich noch nicht war, mir dies nicht zu verargen, sondern mir die Zeit zu gewähren, die dieses Vorhaben nun einmal erfordert.

./.

Schließlich möchte ich noch dem Leiter der Städtischen Krankenanstalten, Herrn Professor Dr. Berendes, der einem Ruf als Hochschullehrer folgt, unseren Dank, unseren Abschiedsgruß und unsere Wünsche an dieser Stelle zum Ausdruck bringen. Wir trennen uns ungern von ihm und sein Ausscheiden hinterläßt eine schmerzliche Lücke in seinem Arbeitsbereich. Wir hätten ihm gewünscht, die Fertigstellung des Personalwohnheimes, das unbedingt notwendig ist und das auch sein besonderes Anliegen war, noch hier im Dienst zu erleben. Auch dem seit längerer Zeit erkrankten Leiter der Städtischen Kunsthalle, Herrn Dr. Passarge, gilt der Wunsch, daß die inzwischen eingetretene erfreuliche Besserung weiter anhalten und ihn bald wieder voll arbeitsfähig machen möchte.

Ich kann aber den kurzen und sehr unvollständigen Überblick über die zurückliegenden und die gegenwärtigen Aufgaben und Arbeiten nicht abschließen, Arbeiten an denen ich zu einem größten Teil selbst noch nicht beteiligt war, ohne denen zu danken, die sie geleistet und die dadurch auch dem Kämmerer die Vorlage eines ausgeglichenen Haushaltsplanes immerhin etwas erleichtert haben. Ich meine damit alle Mitarbeiter in den vielen städtischen Dienststellen und Betrieben, insbesondere die Herren Referenten und Bürgermeister, auch die Abgeordneten im Bundestag und Landtag aus unserer Stadt und ganz besonders denjenigen, der die Hauptlast des abgelaufenen Verwaltungsjahres getragen hat, Herrn Ersten Bürgermeister Trumpfheller.

Den beginnenden Etatverhandlungen wünsche ich den gleichen sachlichen und im Ergebnis schließlich doch erfolgreichen Verlauf, wie ihn die Verhandlungen in den vorbereitenden Ausschüssen genommen haben.